

Abg. Otter wies darauf hin, dass die Anmeldezahlen für eine Gesamtschule in Alfter höher gewesen seien als in der Vorlage angegeben. Es seien nicht nur die Schülerinnen und Schüler aus Alfter zu zählen, sondern auch die Interessenten aus dem Umland. Inwieweit eine Christliche Gesamtschule, deren Einrichtung zurzeit lediglich spekulativ sei, den gesamten Alfterer Bedarf an Gesamtschulplätzen decken könne sei fraglich.

SkB Klaus hinterfragte die Zielsetzung der mit den linksrheinischen Kommunen geführten Gespräche bezüglich der gemeinsamen Schulentwicklungsplanung. Er wolle wissen, ob der Kreis verpflichtet sei, eine Kreisgesamtschule zu errichten, wenn die Gespräche zur gemeinsamen Schulentwicklungsplanung der linksrheinischen Kommunen scheiterten.

Abg. Hauer fasste die Situation in Alfter dahingehend zusammen, dass ein Bedarf zur Errichtung einer Gesamtschule zunächst durch Schüler mit Wohnort in Alfter über einen festgelegten Zeitraum nachgewiesen werden müsse. Tatsache sei, dass die Gemeinde Alfter die Entwicklung nicht frühzeitig erkannt habe und damit die Chance vertan habe, in Kooperation mit anderen Schulträgern den Gesamtschulbedarf zu decken.

Er begrüße, dass der Rhein-Sieg-Kreis nunmehr die Gespräche der Kommunen moderiere. Er halte allerdings den Standort Alfter für die umliegenden Kommunen verkehrstechnisch ungünstig. Die Stadt Bonn stehe einer möglichen Kooperation mit den linksrheinischen Kommunen eher ablehnend gegenüber. Eine Moderation von Gesprächen mit der Stadt Bonn müsse gegebenenfalls auch unter Beteiligung der Bezirksregierung Köln erfolgen, da hier die Kreisgrenze überschritten würde.

Dezernent Wagner erwiderte dem Abg. Otter unter Hinweis auf die bereits vom Abg. Hauer erfolgte Klarstellung zur Bedarfsermittlung, dass die Anmeldezahlen in Alfter für die Errichtung einer Gesamtschule nicht ausgereicht hätten. Wie in der Vorlage dargelegt, werde die Errichtung einer Christlichen Gesamtschule erwartet.

An SkB Klaus gewandt erläuterte Dezernent Wagner, dass Bürgermeister aus dem linksrheinischen Kreisgebiet bereits Zustimmung zum angestrebten Verfahren signalisiert hätten. Die Bezirksregierung werde über das Ergebnis der Gespräche informiert. Im Falle eines Scheiterns der Koordinierungsbemühungen müsse die Bezirksregierung über das weitere Vorgehen entscheiden.

Abg. Otter bekräftigte nochmals seine Auffassung, dass der Bedarf ausreichend nachgewiesen worden sei. Er begrüße allerdings, dass sich zumindest Gesprächsbereitschaft abzeichne. Er gehe davon aus, dass man sich ernsthaft um eine Lösung bemühe. Soweit es Bedenken bezüglich des Standortes Alfter gäbe, könne er sich auch eine Dependence-Lösung vorstellen.

Abg. Tandler verwies darauf, dass es zumindest in einigen Kommunen Teilbedürfnisse gebe. Der richtige Weg seien Gespräche mit dem Ziel einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung. Sollten diese Gespräche jedoch scheitern, könne der Kreis gegebenenfalls in die Pflicht genommen werden, eine Kreisgesamtschule zu errichten.

Dezernent Wagner wies darauf hin, dass dies lediglich ein mögliches Szenario sei. Letztlich werde der Kreistag über die Errichtung einer Kreisgesamtschule im linksrheinischen Kreisgebiet entscheiden.

Abg. Solf unterstrich die Einschätzung des Abg. Hauer, dass die Gemeinde Alfter die Chance verpasst habe, gemeinsam mit den linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis-Kommunen eine vorausschauende Lösung zur Deckung von Teilbedürfnissen anzubieten.

Es gelte, ein verbindlich im Schulgesetz vorgeschriebenes Procedere zur Errichtung von Gesamtschulen einzuhalten. Im Hinblick auf die unterschiedlichen Interessenlagen müsse dieses Procedere auch konsequent eingehalten werden. Falls eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung scheitere, sei es Aufgabe der Bezirksregierung dies festzustellen und die weiteren Schritte in die Wege zu leiten.

SkBin Krüger wies darauf hin, dass eine Lösung dringlich anzugehen sei, da die Gemeinde Alfter nach jetzigem Stand über keine Schule der Sekundarstufe I mehr verfüge.

Abg. Tandler wies darauf hin, dass sich der Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung des Kreises weder in die Belange der Gemeinde Alfter einmischen könne, noch dass er sich einmischen solle. Er halte den bereits begonnenen Weg der Gesprächsmoderation durch den Kreis für richtig.

Abg. Hauer relativierte die Bedarfe in den linksrheinischen Kommunen dahingehend, dass es sich um 40 an Gesamtschulen abgelehnte Schülerinnen und Schüler aus Alfter handele, aber um 67 abgelehnte Anmeldungen aus Bornheim. Somit sei in Bornheim, wo bereits eine Gesamtschule bestehe, augenscheinlich ein deutlich höherer Bedarf, als in Alfter. Bezüglich einer vom Kreis getragenen linksrheinischen Gesamtschule bitte er zu bedenken, dass es sich beim Kreis um einen Schulträger mit anderen Intentionen handle, als bei einem gemeindlichen oder städtischen Schulträger oder eines aus mehreren Kommunen bestehenden Verbandes.

SkB Piéla wies darauf hin, dass bei prognostizierten Schülerzahlen auch der bereits eingetretene und auch künftig erwartete Trend des Rückgangs der Einschulungszahlen zu berücksichtigen sein.

Abg. Otter schloss sich diesem Vorschlag an. Er halte es für wichtig, bei der weiteren Schulentwicklungsplanung für Alfter und für die benachbarten Kommunen eine tragfähig Lösung für den gesamten linksrheinischen Raum zu finden.